STADT WETZLAR

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	24. Sitzung
Datum	Donnerstag, den 25.09.2008
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	19:15 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:
Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

AV Volck eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverornetenversammlung mit Stadtverordneten beschlussfähig ist.

T a g e s o r d n u n g:
Öffentlicher Teil :
TOP 1
Fragestunde

TOP 2
Nachtragshaushalt 2008

TOP 2.1
Änderungsliste

TOP 3
1034/08
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2008

TOP 4
1035/08
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2008

TOP 5

0994/08
Einführung der Doppik
hier: Ergänzung der Hauptsatzung

TOP 6
1023/08
Stadtbusverkehr in Wetzlar
Direktvergabe an die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH

TOP 7
1038/08
Optikparcours Wetzlar, Realisierungsstufe 2
Nachtsichtgerät, Standortänderung

TOP 8
1015/08
Bebauungsplan Nr. 227 'Am Girmeser Platz', 1. Änderung, Stadt Wetzlar
- Einleitungsbeschluss -

TOP 9
1019/08
Fußgängerquerung über die B 277 in das Dillfeld

TOP 10
1021/08
Hinweisbeschilderung „Bahnhof“ im Kernstadtbereich

TOP 11
1020/08
Anwendung von Zinsmanagementmethoden
Berichtsauftrag

TOP 12
1003/08
Migrationsbericht 2008 der Stadt Wetzlar

TOP 13
Verschiedenes

TOP 1
Fragestunde

Frage Nr.	:	1060/08 - III/66
vom	:	18.09.2008
Fragesteller	:	Stv. Cloos, CDU-Fraktion

Stv. C l o o s:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kollegen, in den vergangenen Wochen häuften sich die Fragen zum Thema Schulzentrum, wenn Sie mir die kurze Vorbemerkung gestatten. Was passiert dort oben, was passiert mit den Parkplätzen und vor allen Dingen, was ist an dem Gerücht dran, dass die Goetheschule abgerissen werden soll.

Ich bin der Meinung, wir als Stadtverordnete sollten solche Fragen aus der Bevölkerung (Zwischenruf Stv. Borchers: „Eine Frage - keine Wertung“) beantworten können. Deshalb meine Frage:

Frage 1: Trifft es zu, dass es wesentliche Änderungen am Schulzentrum Goethe-Schule, Käthe-Kollwitz-Schule, Theodor-Heuss-Schule, gibt und wenn das so ist, besteht aus Ihrer Sicht in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die desolate Parkplatzsituation am Schulzentrum zu ändern? Danke.“

OB D e t t e:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Cloos, Ihre Anfrage darf ich wie folgt beantworten: Im letzten Dezernentengespräch zwischen dem Lahn-Dill-Kreis und der Stadt Wetzlar hat Herr Schuldezernent Wegricht darauf hingewiesen, dass der Lahn-Dill-Kreis aufgrund der festgestellten Bauschäden an Teilen der Goetheschule derzeit prüft, inwieweit eine Sanierung am Standort oder ein Neubau von Teilen des bisherigen Gebäudes an einem anderen Standort sinnvoll ist.

Seitens der Stadt Wetzlar ist die Unterstützung für eine mögliche Standortsuche und ggf. erforderliche Maßnahmen der Bauleitplanung signalisiert worden, da die Stadt Wetzlar ein vitales Interesse daran hat, auch in Zukunft Standort eines qualifizierten Angebotes von weiterführenden Schulen zu sein.

Sofern die Entscheidung für eine Neubaumaßnahme getroffen wird, wird seitens der Stadt Wetzlar intensiv auf eine Klärung der Parkplatzproblematik hinzuwirken sein. Seitens des Magistrates wird die Einschätzung des Anfragestellers geteilt, dass die derzeitige Diskussion über bauliche Veränderungen am Wetzlarer Schulzentrum als Chance gesehen werden kann, auch Verbesserungen bei der derzeit problematischen Situation des Parkens zu erreichen.“

Frage Nr.	:	1061/08 - III/67
vom	:	18.09.2008
Fragestellerin	:	Stve. Dr. Göttlicher-Göbel, SPD-Fraktion (i.V.f. Stv. Dr. Ihmels)

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l:

“Der Hessische Städtetag berichtet in seinen Informationen 9/2008 auf Seite 145, das ist das Heftchen, das uns letztes Mal verteilt worden ist, von einer Mitgliederbefragung zum Thema ‘Erneuerbare Energien’ mit einer überdurchschnittlichen Beteiligungsquote. Hat sich der Magistrat daran beteiligt?

StR B e c k:

“Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrte Fragestellerin: Ich kann diese Frage mit ‘Ja’ beantworten.

Zusatzfrage Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l:

“Ist der Magistrat in dieser Auswertung schon mit enthalten und wo befindet sich da die Stadt?

StR B e c k:

“Mir liegen zur Zeit nur die Mitteilungen des Hessischen Städtetages vor, die allseits auch bekannt sind, wonach nur eine allgemeine Auswertung stattgefunden hat. Die Detailauswertung liegt mir derzeit nicht vor.

TOP 2
Nachtragshaushalt 2008

TOP 2.1
Änderungsliste

StvV V o l c k bat die Fraktionen um ihre Stellungnahme zum Nachtragshaushalt 2008.

Die Sprecher der Fraktionen, Stv. K l e b e r, Stv. B o r c h e r s, FrkV L e f è v r e, FrkV Dr. B ü g e r und Stv. H e y e r gaben ihre Stellungnahmen zum Nachtragshaushaltsplan 2008 ab.

Warum sich die Stadtverordnetenversammlung meistens im Herbst mit einem Nachtragshaushaltsplan beschäftigen müsse, nannte Stv. K l e b e r zum einen die unrealistische Festsetzung der Steuereinnahmeerwartung zu Beginn dieses Jahres und als erfreulichen Grund die in unregelmäßigen Abständen Gewerbesteuernachzahlungen nach Betriebsprüfungen. Er führte ferner aus, wenn die SPD in der Verantwortung wäre, würde das Verfahren selbstverständlich zielorientierter angegangen werden. Früher feststehende finanzielle Ressourcen würden zur Stärkung der Rücklagen und zur Finanzierung der Investionen verwendet werden. Damit sei gleichzeitig eine geringere Kreditaufnahme verbunden. Insofern begrüße die SPD die Zuführung an die Finanzausgleichsrücklage in Höhe von 4,5 Mio. € und die Reduzierung der Kreditaufnahme um rund 3,5 Mio. €.

Die SPD empfehle, so Stv. K l e b e r, dem Magistrat, die allgemeine Rücklage auf deren Höhe und Notwendigkeit zu überprüfen und sie ggf. zugunsten von Investitionen teilweise abzuschmelzen. In seiner Haushaltsrede vom Februar diesen Jahres führte Stv. K l e b e r ferner aus, werde man die Bestätigungen seiner Ausführungen in dem heutigen Nachtrag wiederfinden. Falsch liege er vermutlich nur in seiner Prognose zur Schuldenentwicklung. Er bemängelte, dass Jahr für Jahr Investitionen geschoben werden und nicht wenige Maßnahmen ganz aufgehoben werden, z. B. in diesem Jahr der Ausbau

des Steighausplatzes. Die Sanierung des Stadions Wetzlar sei im Frühjahr fast im „Schweinsgalopp“ verabschiedet worden. Heute sei festzustellen, dass der erste Bauabschnitt frühenstens im nächsten Jahr begonnen werde. Ähnliches sehe er auch mit der Standortverlegung des Stadtbetriebsamtes. Deshalb gebe er noch einmal den Vorschlag der Fraktion als guten Rat, den Bauhof Süd und die Schlosserei an einem neuen Standort in der Spilburg zusammenzuführen und den jetzigen Bauhof Nord an seinem Standort zu belassen. Diese Lösung stelle auf Dauer die wirtschaftlichste dar. Weitere zeitliche Verzögerungen, bemängelte Stv. K l e b e r, würden sich im Hochwasserschutz im Dillfeld ankündigen, so dass auch hier der Geldmittelfluss viel später einsetzen werde.

Hinsichtlich der Veranschlagung von Mitteln für den ÖPNV im Vermögenshaushalt habe der Kämmerer reagiert, so dass seine Fraktion unter dem Aspekt der Haushaltswahrheit und Klarheit den Antrag zurückziehe. Ferner kritisierte er die überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Beschaffung von Hard- und Software für das Jugendamt in Höhe von ursprünglich 100.000,00 €. Nach neuer sachgerechter Prüfung habe sich gezeigt, dass lediglich 40.000,00 € erforderlich seien. Die gemachten Erkenntnisse und Erfahrungen aus den vergangenen Beratungen machen es der SPD-Fraktion leicht, auch heute „nein“ zu dem vorgelegten Werk zu sagen.

Eingangs seiner Ausführungen wies Stv. B o r c h e r s darauf hin, dass der Antrag auf überplanmäßige Beschaffung der Software für das Jugendamt nicht vom Magistrat, sondern von der CDU-Fraktion gestellt worden sei. Ferner machte er darauf aufmerksam, dass sich aufgrund der Änderungsliste die freie Spitze von nunmehr 8 Mio. € auf 6 Mio. € mindere und betonte, dass an sich die freie Spitze eine gute Sache sei. Unter Bezug auf den Beitrag von Stv. Kleber sehe er es genauso, dass der Ansatz bezüglich der Steuereinnahmen unrealistisch gewesen sei. Hinsichtlich der prognostizierten Steuereinnahmen könne man es auch so nennen, dass der Kämmerer eine vorsichtige Sicht der Dinge habe. Die Aussage der Koalition, dass die Ortsbeiräte keine Anträge zum Nachtrag gestelt haben, sei einfach Tradition. Für seine Fraktion sei es jedoch befremdlich, wenn Anträge zum Haushalt gestellt würden und immer wieder die Argumentation käme, dafür sei kein Geld da.

Wenn die Koalition sagen würde, für ihren Vorschlag nehmen wir kein Geld in die Hand, wüsste man, woran man sei. Zukünftig sollte man überlegen, wenn im Laufe des Jahres erkenntlich werde, dass erheblich mehr Steuermittel fließen als ursprünglich angenommen, ob man nicht am Jahresende das eine oder andere Projekt noch anschieben sollte. Zum Handwerklichen sprach Stv. B o r c h e r s die Haushaltsstelle 1.3510.661000 an. Wegen aufgeschobener Investitionen stelle sich für ihn die Frage, ob die dann nicht fließenden Fördermittel die freie Spitze mindern. Dazu würde ihn die Meinung von FrkV Lefèvre, Stv. Heyer und FrkV Dr. Büger interessieren. Im Nachtrag finde man dazu nichts, weil dort lediglich die Änderungen auftauchen. Des Weiteren machte Stv. B o r c h e r s auf die im Mai 2008 erlassenen Verwaltungsvorschriften zur GemHVO Doppik aufmerksam. Diese gelten für alle und sind entsprechend anzuwenden. Deswegen frage er die Vertreter der Regierungskoalition, warum der in den Abschnitten des letzten Nachtragshaushaltsplanes vor Eintritt in die Doppik aufzuführende „doppische Produktquotient“ nicht aufgeführt sei. Stv. B o r c h e r s beendete seine Ausführungen mit dem Ergebnis, dass die Fraktion der Grünen/Bündnis 90 dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen werde.

FrkV L e f è v r e bekundete für die Fraktion der Freien Wähler, dass der Magistrat mit der Vorlage des Nachtragshaushaltsplanes 2008 die erfreuliche Nachricht überbringen konnte, dass aufgrund der positiven Konjunkturlage das Gewerbesteueraufkommen viel

höher als erwartet ausgefallen sei. Sicher sei der Anstieg der Gewerbesteuer und die ebenfalls bestehende Steigerung der Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuereinnahmen auf die insgesamt positive konjunkturelle Entwicklung innerhalb Deutschlands der letzten zwei Jahre zurückzuführen. Das erhöhte Gewerbesteueraufkommen sei aber dennoch kein Zufall, sondern auch Ausfluss der wirtschaftsnahen Politik der Koalition und deren Umsetzung durch den Magistrat. Der Magistrat fördere seit Jahren den Wirtschaftsstandort Wetzlar.

Dies habe zur Folge, dass innovative Unternehmen in Wetzlar investieren und auch die Schwerindustrie ihren Platz behalte. Zu erwähnen sei auch die sparsame Haushaltsführung des Magistrates. Obwohl verschiedene Ausgaben nicht beeinflussbar gewesen seien, beispielsweise die Personalkosten durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, ferner die Schulumlage. Hier müsse die Stadt zusätzlich 900.000,00 € an den Lahn-Dill-Kreis zahlen. Nicht unerwähnt bleibe, dass durch die bessere Finanzlage der Stadt die zukünftigen Schlüsselzuweisungen des Landes geringer ausfallen werden. Auch sei es im Sinne der Freien Wähler, wenn der Magistrat in Form von Rücklagen Vorsorge treffe, um zukünftige auftretende Konjunkturschwankungen mit eher negativen Auswirkungen abfedern zu können. Die FW unterstützen deshalb die sparsame, verantwortungsbewusste und weitsichtige Haushaltsführung, die Sicherheit gebe und politische Handlungsfähigkeit bewahre. Sie spreche dem gesamten Magistrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ein großes Lob aus. Die Freien Wähler werden dem Nachtrag 2008 zustimmen.

FrkV Dr. B ü g e r merkte an, man versuche zu sagen „the same procedure as every year“ mit der Folgefrage „Glück gehabt“. So einfach stelle sich die Situation jedoch nicht dar. Im Wesentlichen, so FrkV Dr. B ü g e r, gehe es um die Gewerbesteuer aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Die Gewerbesteuer fließe, weil in Wetzlar starke und innovative Unternehmen ihren Sitz haben und u. a., weil hier die Rahmenbedingungen stimmen. Hohe Gewerbesteuereinnahmen wegen der guten Standortpolitik. In den nächsten Jahren könne sich das Bild vielleicht umkehren, dass es negative Rahmenbedingungen gebe. Er wies darauf hin, dass ein höherer Ansatz höhere Ausgaben zur Folge hätte.

Der Magistrat gehe deshalb den schwierigeren Weg, wenn er keine zusätzlichen Wohltaten verteile, sondern die Rücklagen auffülle und die Verschuldung senke. In Zukunft werde es größere finanzielle Belastungen in Form der Kreis- und Schulumlage, die tendenziell steigen werde, geben. Auch schwäche sich die Konjunktur ab. Er plädiere deshalb dafür, auch in Zukunft vorsichtige Prognosen zu setzen. Das zahle sich bereits heute aus. Er nenne Projekte, die heute bereits gestemmt werden, wie Leitz-Park, Verlegung des Stadtbetriebsamtes, Stadion, Palais Papius bis hin zum Neubau der Philipp-Schubert-Schule sowie die Ausschreibung zum „Götz'schen Haus“. Wie bereits praktiziert, solle man zügig, aber überlegt verfahren. Er dankte dem Magistrat und der Verwaltung und konstatierte, die Liberalen werden dem Nachtrag 2008 mit Freude zustimmen.

Stv. H e y e r gab Stv. Kleber insofern Recht, wenn er anmahne, dass der Haushalt auf der Einnahmenseite zu vorsichtig prognostiziert worden sei und deshalb der vorliegende Nachtragshaushalt eine so überraschende Mehreinnahme ausweise. Dennoch sei die CDU-Fraktion über den Verlauf hoch erfreut und nehme diese Mehreinnahmen gerne zur Kenntnis, bevor die Gelder schon von vornherein eingeplant und verausgabt worden wären. Den Mehreinnahmen von über 13 Mio. € stehen selbstverständlich, so Stv. H e y e r, die steigenden Abgaben der Schulumlage an den Lahn-Dill-Kreis und die

sinkenden Zuschüsse des Landes im kommenden Jahr gegenüber. Erfreulich sei, dass die Mehreinnahmen dazu beitragen, die Auswirkungen der diesjährigen Tarifrunde und die Fallzahlenerhöhung im sozialen Bereich aufzufangen. Die freie Spitze von rund 8 Mio. € sei gut in der Finanzausgleichsrücklage für zusätzliche Belastungen im kommunalen Finanzausgleich der Sondertilgung eines Darlehens und die Reduktion des bisherigen Bedarfes an Kreditmarktmitteln angelegt.

Die im Haushaltsplan 2008 eingeplante Rücklagenentnahme von 1,5 Mio. € werde nun nicht mehr benötigt. Vor diesem Hintergrund unterstütze die CDU-Fraktion weiterhin das umsichtige Handeln des Kämmerers und den Kurs der sparsamen Verwaltung. Ferner danke er der Kämmerei für das umfassende Zahlenwerk. Der Änderungsliste und dem vorliegenden Nachtragshaushalt 2008 werde die CDU-Fraktion zustimmen.

Im Anschluss an die Redebeiträge der Fraktionen ergingen von OB D e t t e dazu nachstehende Anmerkungen. Stv. Kleber zugewandt gab er davon Kenntnis, dass man die Gewerbesteuereinnahmen vorab nicht so optimistisch beurteilen könne, das sei Tradition. Diese Art der Einnahmeschätzung sei damit eine geordnete Grundlage für die Ausgabenpolitik gewesen. Die Höhe der Gewerbesteuernachzahlungen sei in dieser Höhe nicht zu erwarten gewesen. Ferner wies OB D e t t e darauf hin, dass mit der Doppik die Hürden für den Haushaltsausgleich höher werden. Man sei gut beraten, mit den Rücklagen die Dinge abzufedern, um den Haushaltsausgleich auch mittelfristig zu erreichen. Er wies darauf hin, dass die Mehrzahl der Haushaltspositionen unverändert bleibe.

Stv. Borchers habe darauf hingewiesen, dass Einnahmepositionen nicht vollständig erreicht würden. Maßstab sei jedoch die Jahresrechnung. Diese sei seit 1981 bezüglich der Unterdeckung nie höher gewesen als geplant. Die Planung sei auch abhängig von Abstimmungsprozessen. Deswegen sei unter dem Aspekt der Kassenwirksamkeit die Absetzung von Investitionen erforderlich gewesen, um Reste zu reduzieren. In den letzten Jahren habe permanent eine Steigerung der Investitionsausgaben stattgefunden. Zum Thema Steighausplatz merkte OB D e t t e an, dort sei die Problematik, dass der erste Investor nicht sachgerecht sein Projekt habe umsetzen können. Bei einem vorherigen Ausbau des Platzes wären bei Aufbau des Hauses wieder Aufbrüche entstanden. Dann wäre von einem „Schildbürgerstreich“ die Rede gewesen. Hinsichtlich der Mittelveranschlagung für den öffentlichen Personennahverkehr wies OB D e t t e ausdrücklich darauf hin, es sei nicht manipuliert worden. Die Veranschlagung sei auch von der Aufsichtsbehörde nicht moniert worden.

Tatsache sei jedoch, dass in den letzten Jahren sich der konsumtive Anteil bei diesen Aufgaben erhöht habe. Dies werde nun in der Änderungsliste angepasst. Er wies letztendlich auf die gute Finanzausstattung der Stadt Wetzlar hin und bemerkte, dieser Haushalt gehöre zu den guten Haushalten der Stadt Wetzlar. Man brauche Rücklagen, um auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig zu sein.

StvV V o l c k wies auf die Ergänzung der Änderungsliste hin (Aufnahme der Drucks.-Nr. 1073/08 - I/399), die im Ältestenrat beschlossen worden und damit Bestandteil der Abstimmung über die Änderungsliste sei.

Abstimmung über die Änderungsliste mit der Ergänzung des Ältestenrates: 54.0.0
Abstimmung über Nachtragssatzung und Nachtragshaushaltsplan 2008: 30.24.0

TOP 3

1034/08
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Nachtragswirtschaftsplan 2008

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Dem Nachtragswirtschaftsplan 2008 des Eigenbetriebes Stadtreinigung Wetzlar wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

TOP 4
1035/08
Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2008

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2008 für den Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar wird die Firma SBBR GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Wetzlar, beauftragt.

TOP 5
0994/08
Einführung der Doppik
hier: Ergänzung der Hauptsatzung

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Die aus der Anlage ersichtliche 14. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung wird beschlossen.

TOP 6
1023/08
Stadtbusverkehr in Wetzlar
Direktvergabe an die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Die Stadt Wetzlar als Aufgabenträger für den ÖPNV erklärt ihre Absicht, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 für die Dauer von 8 Jahren die Busverkehrsdienstleistungen auf den Linien 007,10,11,12,12a,13,14,16,17 und 18 im Stadtbusverkehr Wetzlar gemäß Art. 5 Abs. 2 Verordnung (EG) 1370/2007an die Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH zu vergeben.

Der Magistrat wird beauftragt, mindestens 1 Jahr vor der beabsichtigten Direktvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union Informationen nach Art. 7 Abs. 2 Verordnung (EG) 1370/2007 zu veröffentlichen. Die Absicht der Direktvergabe ist gegenüber der Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH zu erklären und das Regierungspräsidium Gießen als zuständige Genehmigungsbehörde hierüber in Kenntnis zu setzen.

TOP 7
1038/08
Optikparcours Wetzlar, Realisierungsstufe 2
Nachtsichtgerät, Standortänderung

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Unter Bezugnahme auf die Beschlussfassungen der Stadtverordnetenversammlung vom 14.03.2006 (Drucksachen-Nr. 2189/06 - I/734) und 29.04.2008 (Drucksachen-Nr. 0848/08 - I/328) wird für die Station 4.3 „Nachtsichtgerät“ die Alte Lahnbrücke als neuer Standort beschlossen.

TOP 8
1015/08
Bebauungsplan Nr. 227 'Am Girmeser Platz', 1. Änderung, Stadt Wetzlar
- Einleitungsbeschluss -

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Der Einleitung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 227 „Am Girmeser Platz“ in Wetzlar wird zugestimmt.

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes wird auf den Grundlagen der §§ 13 und 13 a Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt.

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind über die Offenlegung zu unterrichten.

TOP 9
1019/08
Fußgängerquerung über die B 277 in das Dillfeld

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, mit dem ASV Dillenburg in Verhandlungen einzutreten, um eine Fußgängerquerungsmöglichkeit an der Lichtsignalanlage B 277 - Dillfeld einzurichten. Über das Ergebnis der Verhandlungen ist der Stadtverordnetenversammlung durch den Magistrat zu berichten.

TOP 10
1021/08
Hinweisbeschilderung „Bahnhof“ im Kernstadtbereich

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Beschilderung „Bahnhof“ in Wetzlar zu prüfen und entsprechende Neuanbringungen - soweit erforderlich - zu veranlassen.

TOP 11
1020/08
Anwendung von Zinsmanagementmethoden
Berichtsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (54.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich einen Bericht über die im Jahr 2007 durch die Anwendung moderner Zinsmanagementmethoden eingetretenen Effekte vorzulegen und

2. der Stadtverordnetenversammlung in den Folgejahren zeitnah nach Abschluss eines Haushaltsjahres, spätestens aber bis zum 31. März, unaufgefordert über die in dem jeweiligen Berichtsjahr durch die Anwendung moderner Zinsmanagementmethoden entstandenen Effekte zu berichten.

TOP 12
1003/08
Migrationsbericht 2008 der Stadt Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 13
Verschiedenes

Bebauungsplan „Am Rasselberg“

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l meldete eine Nachfrage zum Bebauungsplan an. Am Mittwoch, den 01.10.2008 gebe es in dieser Angelegenheit eine Veranstaltung mit dem Magistrat. Daher frage sie, welcher Kreis dazu eingeladen worden sei. Ihr sei zur Kenntnis gelangt, dass zum einen die Fraktionsvorsitzenden eine Einladung erhalten hätten und zum anderen die Einwänder und die Mitglieder der Bürgerinitiative. Ihre Nachfrage sei, welcher Kreis konkret eingeladen worden sei und wozu dieses Gespräch konkret diene. Ferner fragte sie, ob ein Mediationsverfahren eröffnet werden solle und was mit der angekündigten Anliegerversammlung, die im Dezember 2007/Januar 2008 stattfinden sollte, geschehen sei. Sie stelle die weitere Frage, ob in dieser Richtung etwas geplant sei, weil die SPD-Fraktion es für sinnvoll halte, mit den Anliegern, die Widerspruch eingelegt hätten, ein Gespräch zu führen.

Hier habe man, so StR B e c k, ein neues Verfahren gemäß Bundesbaugesetz gewählt. Erstmalig beim Bebauungsplan „Am Rasselberg“ solle ein Mediationsverfahren durchgeführt werden mit Frau Esser, Büro Esser, Frankfurt am Main, als Mediatorin. Sozusagen sei es eine erweiterte Anliegerversammlung. Eingeladen, führte StR B e c k ferner aus, wurden die Betroffenen, sowohl der Vorstand der Bürgerinitiative und die Fraktionen. Es sei keine öffentliche Veranstaltung, u. a. aus Platzgründen. Falls sich das Verfahren bewähre, wolle man dies bei größeren Verfahren einführen. Nochmals ergänzte StR B e c k, dass die Betroffenen eingeladen worden sind. Die Bürgerinitiative bringe interessierte Anwohnerinnen und Anwohner mit.

StvV V o l c k gab davon Kenntnis, dass die Unterlagen der Bürgerinitiative allen Stadtverordneten zugegangen seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss StvV V o l c k den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.

gez.